

E 2300 Berlin 23

*Le Ministre de Suisse à Berlin, G. Carlin,
au Chef du Département politique, G. Motta*

RP

Berlin, 3. Juni 1922

Unter Bezugnahme auf meine heutige Zuschrift¹ betreffend die Übergabe meines Beglaubigungsschreibens, beehre ich mich, aus dem Gespräch, das ich am 1. 1. Mts. anlässlich meiner Antrittsaudienz mit dem Herrn Reichsminister für Auswärtiges, Dr. Rathenau, hatte, folgendes zu melden:

Nach einer herzlichen Begrüssung, aus der hervorging, dass im Auswärtigen Amte meine bisherige Laufbahn² genau studiert worden ist, sprach Herr Rathenau sein lebhaftes Bedauern aus über den plötzlichen Hinscheid meines Vorgängers, Herrn von Planta³, dessen Verschwinden nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Deutschland einen grossen Verlust bedeute.

Auf politisches Gebiet übergehend, hob Herr Rathenau hervor, wie peinlich es für Deutschland sei, dass die alles beherrschende Reparationsfrage nicht ein für alle Mal geregelt werden könne, sondern jeweilen nur stückweise gelöst werde, so dass, wenn kaum eine Klippe umschifft sei, eine andere sich zeige. Dieses Verfahren sei für die Deutsche Regierung und das deutsche Volk in höchstem Masse aufregend und aufreibend und lasse ganz Europa nicht zur Ruhe kommen. Daran sei leider nichts zu ändern, solange die noch immer vorherrschende Kriegs-Mentalität bestehe. Diese zu demobilisieren, sollte das Ziel jedes denkenden Staatsmannes sein; aber er verhehle sich die Schwierigkeiten nicht, die diesem Bestreben entgegenstehen, auch auf deutscher Seite. Die französische Regierung habe durch die chauvinistische Mehrheit in der Kammer die Hände gebunden und

1. *Non reproduit. CfE 2500 1/6.*

2. *Gaston Carlin fut auparavant en poste à Rome, à Londres et à La Haye.*

3. *Le Ministre von Planta est décédé, le 2 mars 1922, à Davos.*

selbst Lloyd George könne schwer von seinen gegebenen Wahlversprechen loskommen.

Selbst die grossen Lasten, die sich Deutschland in seiner letzten Antwort an die Reparationskommission auferlegt habe, gäben keine Gewähr dafür, dass die von gewissen französischen Kreisen betriebene Besetzung des Ruhrgebietes endgültig vermieden sei.

Mit schwerem Herzen habe der Reichstag dem Abkommen mit Polen, betreffend Oberschlesien, und dem Vertrag mit Dänemark über Nord-Schleswig seine Zustimmung gegeben; die darauf folgenden Unruhen in Oberschlesien erfüllten ihn mit Besorgnis, zumal es kein Deutscher je verstehen werde, dass gewisse Städte in Oberschlesien, die mit 90% zugunsten Deutschlands gestimmt hatten, trotzdem Polen zugewiesen worden seien.

Auch mein Gespräch mit dem Reichspräsidenten Ebert, das nach den Förmlichkeiten der Übergabe meines Beglaubigungsschreiben stattfand, war äusserst freundschaftlicher Natur. Ebert ist ein schlichter Mann, voll gesunden Menschenverstandes, ohne jede «pose». Er benützte die Gelegenheit, um mir für meine langjährige Tätigkeit zugunsten Deutschlands in London zu danken und sprach sich auch mit der grössten Anerkennung aus über die Wirksamkeit des Herrn alt-Bundesrat Calonder in der Regelung der oberschlesischen Frage.⁴ Er ersuchte mich, was ich Ihnen wohl überlassen darf, Herrn Calonder gegenüber dieser seiner Gesinnung Ausdruck zu geben.

Welch grosse Bedeutung sowohl der Reichspräsident als die Deutsche Regierung dem mit der Schweiz abgeschlossenen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag⁵ beilegen, geht schon aus dem sich darauf beziehenden Passus der Erwidigungsansprache des Herrn Ebert hervor. Auch gesprächsweise wurde dieser Vertrag von Herrn Ebert erwähnt mit dem Beifügen, dass die Deutsche Regierung ihr Möglichstes tun werde, um ähnliche Übereinkünfte auch mit anderen Staaten, in erster Linie mit den Niederlanden, zu schliessen. Ich habe Ihnen darüber schon vom Haag aus berichtet. Die Deutsche Regierung wünscht dadurch zu bekunden wie sehr sie von ihrer früheren Auffassung abgekommen sei und nun darauf halte, dass etwa entstehende internationale Differenzen auf friedlichem Wege ausgetragen würden. Ich liess mir die Gelegenheit nicht entgehen, um bei der Anwesenheit des Herrn Rathenau bei den vielen zwischen der Schweiz und Deutschland schwebenden Fragen darauf hinzuweisen, wie angezeigt es nun wäre, den geschlossenen Vertrag in einem möglichst weiten Rahmen zur Anwendung zu bringen.⁶

Unmittelbar nach meiner Audienz bei Ebert wurde ich durch Herrn Wirth im Garten des Reichskanzler-Palais empfangen. Nachdem er mich bewillkommt hatte, trug er mir Grüsse auf für Sie, Herr Bundesrat, und für Ihren Kollegen, Herrn Schulthess, mit denen es ihm eine grosse Freude gewesen sei, in Genua zusammenzutreffen. Dann setzte er mir mit grosser Offenheit den gegenwärtigen politischen Zustand Deutschlands auseinander und betonte, wie sehr es schwierig

4. *L'ancien Conseiller fédéral Calonder avait été désigné par la SdN en 1921 pour présider la commission mixte pour la Haute-Silésie; Sur son activité cf. n° 195 et DDS, vol. 9, n° 450.*

5. *Du 3 décembre 1921, cf. n° 138 et RO, 1922, vol. 38, pp. 349–360.*

6. *Note marginale de Dinichert: besser ist immerhin die diplomatische Erledigung.*

9 JUIN 1922

547

sei, die von ihm eingeleitete Erfüllungspolitik, an der er mit grösster Energie festzuhalten gedenke, durchzuführen bei dem Widerstand gewisser Parteien in Deutschland und bei den immer währenden Sticheleien, die von französischer Seite erfolgten.

Wie Minister Rathenau bedauerte auch Herr Wirth lebhaft, dass es nie zu einer zusammenfassenden Erledigung der Reparationsfrage komme, sondern immer wieder neue Anforderungen an Deutschland gestellt würden, so jüngst die des Abbaues bzw. der Einschränkung der sogen. strategischen Bahnen im Rheinland sowie auch das Verlangen, die zugestandene «Schutzpolizei» solle nicht staatlich, sondern bloss kommunal organisiert werden. Welchen Eindruck würde es bei den beteiligten Gemeinden machen, wenn Eisenbahnen, die sie bedienten, abgetragen werden müssten, und was die Schutzpolizei betrifft, wie könnte dieselbe bei allfällig ausbrechenden Unruhen ihren Zweck erfüllen, wenn der Staat nicht berechtigt wäre, darüber zu verfügen und sie gegebenenfalls von einem Ort zum andern zu versetzen? Er verhehlte mir nicht, dass er grosse Bedenken gehabt habe, der vom Reichsfinanzminister Hermes in Paris geschlossenen Vereinbarung zuzustimmen; er habe es schliesslich getan, um einmal mehr seinen festen Willen zu bekunden, auch unter den drückendsten Verhältnissen seine Erfüllungspolitik weiterzuführen.

Über Oberschlesien sprach sich Herr Wirth optimistischer aus als Herr Rathenau: er hofft, dass die dort ausgebrochenen Unruhen bald einer ruhigeren Auffassung weichen werden.

Zum Schluss hörte Herr Wirth mit Vergnügen von mir, dass meine Mutter einer Familie angehörte, die, wie er selbst, von Freiburg i. B. stammte.